

WIRTSCHAFT

AUSBLICK

Positive Aussichten

Wirtschaftsforscher Teodoro Cocca prognostiziert für das Jahr 2023 trotz Herausforderungen eine bessere Entwicklung als noch im vergangenen Jahr vermutet.

Für die Weltkonjunktur werde in diesem Jahr mit einem durchaus als unterdurchschnittlich zu betrachtenden Wachstum von 2,7 Prozent gerechnet, so Teodoro Cocca, stellvertretender Institutsvorstand für betriebliche Finanzwirtschaft an der Johannes Kepler Universität, im Rahmen des Wirtschafts- und Finanzmarktausblicks der Industriellenvereinigung (IV) Oberösterreich.

VON MARLENE SCHEUCH

Dies deutet auf eine starke Einbremsung der globalen Konjunktur hin, wobei dennoch regionale Unterschiede zu verzeichnen sind. So wird vor allem für die USA (+1 %) und Europa (+0,5 %) ein geringeres Wachstum prognostiziert, während sich im asiatischen Raum und im mittleren Osten ein solideres Wachstum abzeichnet.

In Österreich liegen die Erwartungen bei einem Wachstum von +0,3 Prozent, während sich Deutschland erstmalig in der Geschichte der Eurozone mit -0,3 Prozent deutlich schlechter als alle anderen Mitglieder entwickelt. „Diese Daten basieren auf den Erwartungen von November letzten Jahres. Die letzten Zahlen von Dezember und aus den ersten Jännerwochen lassen vermuten, dass diese Prognose etwas zu pessimistisch ist“, erläutert Cocca. Demnach dürfte Deutschland der Rezession knapp entgehen und sich schließlich doch über der Nulllinie halten können.

Für Österreich bedeutet diese Entwicklung ebenso ein etwas höheres Wachstum. Ein Hoffnungsschimmer, wie Cocca diese Entwicklung nennt, wengleich sich das Vorkrisenniveau wohl noch in weiter Ferne befindet. Für das Jahr 2024 wird ein etwas solideres Wachstum im Bereich 1,5 bis 2 Prozent sowohl für Österreich als auch für Deutschland erwartet.

Oberösterreich im Wandel

In der gesamten Eurozone, insbesondere in Deutschland, Österreich und auch am Industriestandort Oberösterreich, stelle sich laut Cocca vor allem die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich des Strom- und Gaszugangs, die sich je nach Entwicklung positiv oder negativ auf die Wachstumsrate auswirken kann. Ein weiterer großer Aspekt sei die demografische Entwicklung, die gerade für wertschöpfungsintensive Wirtschaftszweige und Regionen ein Hemmnis darstellt. So bestünde eine Möglichkeit deutlich stärker zu wachsen. Dies wird jedoch vom Fachkräftemangel und der Schwierigkeit Positionen zu besetzen aufgehalten.

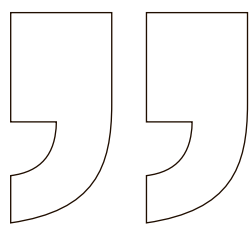
Am Standort Oberösterreich haben sich zudem die öffentlichen Finanzen aufgrund der Krisen verschlechtert. „Aus dem Gesamtbild lässt sich erahnen, dass der große Erfolg Oberösterreichs in den letzten Jahren, was Wachstum des Standortes, der Industrie und der Arbeitsplätze betrifft, nicht ohne weiteres als Garantie für die Zukunft gesehen werden kann“, fasst Cocca zusammen.

Inflationsdruck lässt nach

Zu Sorgen führte im vergangenen Jahr vor allem die Inflation, die sich seit einigen Quartalen im zweistelligen Bereich befindet. „Das ist historisch gesehen sehr außergewöhnlich

und deutet auf ein extremes Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hin“, so der Universitätsprofessor. Jedoch sehe man inzwischen einen nachlassenden Druck bei der Inflationsrate, sodass man für Ende dieses Jahres mit einem Rückgang in den Bereich von 6 Prozent rechnen könne. Und ziehe man die Inflationserwartung der Kapitalmärkte heran, so müsse sich die Inflationsrate in zwei Jahren wieder zurück auf einem Niveau von 2 bis 2,5 Prozent befinden.

Cocca: „Das ist eine sehr optimistische Sichtweise der Finanzmärkte, zeigt aber gleichzeitig, dass man inzwischen zumindest glaubt, dass der Inflationsdruck mittelfristig zurückkommen wird. Und man glaubt, dass die Notenbanken in der Lage sein werden, die Inflation auch wieder runterzudrücken.“ Hauptgrund für die sinkenden Inflationsraten sei jedoch weniger die Geldpolitik, sondern der nachlassende Preisdruck auf der Energie- und Rohstoffseite.



Der weiterhin stabile Arbeitsmarkt dürfte dafür sorgen, dass sich im Schnitt die Konsumenten die höheren Preise doch leisten können.“

Teodoro Cocca

Vor allem die Stimmung bei den Konsumenten hat gegen Ende des letzten Jahres stark unter der von den steigenden Inflationsraten ausgelösten Verunsicherung gelitten. Zurückgegangen seien die Ausgaben im Konsumbereich deshalb jedoch nicht. „Hauptgrund für diese Diskrepanz dürfte der weiterhin stabile Arbeitsmarkt sein, der dafür sorgt, dass sich im Schnitt die Konsumenten die höheren Preise doch leisten können“, erläutert Cocca.

Zu einem Stimmungseinbruch kam es ebenso auf der Seite der Unternehmer. Gegen Ende des Jahres wandelte sich dieser jedoch in ein Aufatmen um, da die schlimmsten Erwartungen des Sommers nun doch nicht eingetreten sind.

Und auch die Finanzmärkte bewegen sich nach und nach aus dem pessimistischen Stimmungstief heraus. So erreichten sie gegen September und Oktober letzten Jahres zwar ihre Tiefststände, verzeichnen seitdem jedoch eine positive Entwicklung. So soll die durchschnittliche Gewinnwachstumsrate, die man am Aktienmarkt bei den Unternehmen erwartet, im Durchschnitt mit 8,5 Prozent steigen. Durchaus positive Aussichten also.



Klaudia Tanner (4. v. r.) präsentierte mit Experten den Risikobericht 2023 auf Einladung von Erwin Hameseder (2. v. r.) im Raiffeisen Forum.

SICHERHEIT

„Nachrüsten“ für mehr Widerstandsfähigkeit

Das Verteidigungsministerium erkennt im diesjährigen Risikobericht 73 Gefahren für Österreich. Wie damit umzugehen ist, wurde im Raiffeisenhaus in Wien diskutiert.

Die Welt ist ohne Zweifel noch instabiler geworden“, sagte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) bei der Präsentation der Publikation „Risikobild 2023“ im Raiffeisenhaus in Wien. Das Verteidigungsministerium beurteilt darin die Ausweitung des Ukraine-Krieges als die größte Bedrohung Österreichs und Europas. Brigadier Peter Vorhofer hob insbesondere die Gefahr eines Angriffs auf ein EU-Mitgliedsland sowie generell Angriffe aus der Luft durch Flugzeuge, Drohnen oder Raketen hervor. Dieses Risiko sei durch den Ukraine-Krieg „massiv verstärkt“ worden – ob konventionell oder unterhalb der militärischen Schwelle, betonte Vorhofer. „Bei einer weiteren Eskalation wird Österreich blitzartig in eine weitere sicherheitspolitische Herausforderung kommen.“ Dies wäre der Fall, wenn nämlich der angegriffene Staat die Beistandspflicht gemäß EU-Vertrag aktivieren würde. „Österreich muss sich sehr, sehr rasch bezüglich Solidarität und Beistandspflicht Gedanken machen“, so Vorhofer.

Auch die deutsche Verteidigungsexpertin Ulrike Franke vom European Council on Foreign Relations (ECFR) sieht mehr Druck auf Österreich zukommen. „Die Neutralitätsfrage wird in den nächsten Jahren viel mehr aufs Parkett kommen“, betonte sie per Videoschaltung aus London. Der Ukraine-Krieg habe gezeigt, dass Europa nicht in der Lage ist, selbstbestimmt und souverän zu agieren, „sondern immer noch den großen Bruder USA braucht“. Europa müsse souveräner werden. „Die Idee der europäischen Verteidigungsunion wird ‚gepusht‘, Österreich muss sich positionieren“, so Franke.

Brigadier Bruno Hofbauer sagte im Hinblick auf die europäische Rüstungssituation ganz klar: „Wir sind nicht vorbereitet.“ Es gebe keine europäischen Verteidigungsplanungen. Aber auch in Österreich nicht: „55.000 österreichische Soldaten sind auf gar keinem Fall in der Lage, das gesamte Bundesgebiet zu schützen“, erklärte Hofbauer. Es gelte daher, mithilfe von Technologie zur richtigen Zeit am richtigen Ort im Einsatz zu sein.

„Es führt nichts daran vorbei, dass wir nachrüsten müssen“, bekräftigte Klaudia Tanner, damit das Bundesheer seinen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung leisten könne. „Der Krieg in und um Europa macht auch deutlich, dass eine gut aufgestellte Landesverteidigung für einen neutralen Staat von existenzieller Bedeutung ist. Neben hybriden Bedrohungen hat nun auch wieder die konventionelle Kriegsführung an Bedeutung gewonnen.“ Mit dem erhöhten Budget von 16 Mrd. Euro für vier Jahre könne Österreich „viele Investitionen tätigen“. Der Bedarf besteht: Vor fünf Jahren sind noch 25 Bedrohungen für Österreich erkannt worden, mittlerweile sind es 73.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Der Risikobericht befasst sich nicht nur mit verteidigungspolitischen Aspekten. Mit der Bedrohung einer Ausweitung des Ukraine-Krieges hängen auch zusammen: eine Zunahme der Migration, die weitere Konfrontation Russlands mit der EU, eine Verschärfung der Energiekrise, die Störung der Lieferketten sowie Stagflation. Auch die Gefahren der Globalisierung durch wechselseitige Abhängigkeiten, des Klimawandels, der Pandemie oder der Krieg gegen die europäische Wirtschaft werden angeführt. Gastgeber Erwin Hameseder verknüpfte in seinen Funktionen als Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes sowie als Generalmajor der Miliz die Risikobilder mit den Auswirkungen auf die Wirtschaft. „Das Risikobild ist eine wesentliche Grundlage für neue Beurteilungen und Analysen, die auch wir in der Wirtschaft anzustellen haben.“ Dabei gehe es vor allem darum, präventive Maßnahmen zu entwickeln, die auf „die Resilienz der Wirtschaft einzahlen“, so Hameseder.

Regionalisierung verstärken

Der Ukraine-Krieg habe die internationalen Lieferketten, „das Rückgrat des globalen Handels“, massiv unter Druck gesetzt und mitunter zusammenbrechen lassen. „Unsere globalisierte Welt ist daher mit Unsicherheit konfrontiert und von ungesunden Abhängigkeiten geprägt.“ Kurz gesagt: Der Welthandel ist verletzlich geworden. „Aus dem Blickwinkel der Wirtschaft geht es daher unter anderem um die Verstärkung der Regionalisierung“, ist Hameseder überzeugt. Die Wertschöpfung sollte demnach wieder mehr in die Europäische Union verlagert werden und in weiterer Folge auf die nationale Ebene. „Rücken wir wieder die umfassende Landesverteidigung und damit auch die wirtschaftliche Landesverteidigung als Fundament für die Stärkung der Resilienz unserer Republik in den Mittelpunkt einer Vielzahl von Maßnahmen und Handlungen“, lautete sein Schlussappell. hhh